

Pressemitteilung

Corona – der Weg aus der Krise für erwerbstätige Frauen (k)eine Erfolgsstory?

Die kfd, Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands, fordert die finanzielle Aufwertung und bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege, im Gesundheitswesen, der Erziehung und im Einzelhandel sowie die Abschaffung der Sonderregelungen für Minijobs.

Trier, Juni - Corona hat das Leben in Deutschland und in der Welt grundlegend verändert. Deutlich wird, dass die wirtschaftlichen und sozialen Kosten Frauen wesentlich stärker treffen. Die Pandemie vergrößert alle gleichstellungs- und frauenpolitischen Probleme. Etliche Hilfspakete und das Konjunkturpapier des Koalitionsausschusses sind auf den Weg gebracht. Aus Sicht des Arbeitskreises Frauen und Erwerbsarbeit in der kfd blieben dabei die berechtigten Interessen der erwerbstätigen Frauen unberücksichtigt. Beispielhaft werden drei Problemfelder benannt.

In der Corona-Pandemie wurde die überproportionale Präsenz von Frauen in den sogenannten systemrelevanten Berufen, wie z. B. Pflegekräfte, Erzieherinnen, Verkäuferinnen, Reinigungskräfte, deutlich. Wobei dies keine neuen Erkenntnisse sind, denn dass Frauen häufig in sozialen Berufen arbeiten, die eine deutliche finanzielle Aufwertung erfahren sollten, ist hinlänglich bekannt. Es nun angesichts der Systemrelevanz aus aller Munde zu hören, ändert nichts an der Situation und verbessert nicht die Lage. Dies wird mit einer einmaligen Zahlung, welche Frauen die häufig in Teilzeit arbeiten, deshalb ohnehin nicht in voller Höhe erhalten haben, nicht ausgeglichen. Aus diesem Grund ist die kfd eine der Erstunterzeichnerinnen der Petition "Wenn nicht jetzt, wann dann?".

Ein zweiter Aspekt, der sich in Corona-Zeiten für erwerbstätige Frauen massiv negativ auswirkt, verbirgt sich in der "Kurzarbeit". Zur Auszahlung kommen 60 % des Nettogehaltes. Da Frauen in den meisten Fällen (durchschnittlich 21%) weniger als Männer verdienen und zudem in den Köpfen immer noch das "Zuverdienerinnen-Modell" sitzt, sind sie meist in der höheren Steuerklasse, womit der Nettoverdienst generell geringer ausfällt. Und geringfügig Beschäftigte haben keinen Anspruch auf Kurzarbeitergeld. Das Ziel müsste lauten: ein universelles Erwerbstätigen - Modell mit der Möglichkeit der Existenzsicherung unabhängig von der familiären Situation und jeglicher Sorgearbeit. Doch hiervon sind wir noch weit entfernt, wie die vielfältigen Erfahrungsberichte der Eltern in den letzten Wochen zeigen.

Während der Corona-Pandemie hat die Arbeit im Home- Office zunehmend an Bedeutung gewonnen und aus Kreisen der Politik und Wirtschaft sieht man hierin das Zukunftsmodell der Arbeit. Häufig ist hier u. a. von der Vereinbarkeit von Beruf, Freizeit und Familie zu hören. Aus Sicht der Frauen ist dies jedoch Fluch und Segen zugleich. Zum einen ist es selbstverständlich hilfreich, weiter im normalen Arbeitsverhältnis zu stehen und, wie in der Corona -Zeit erlebt, gleichzeitig die Kinder und / oder zu Pflegende zu betreuen. Andererseits besteht für Frauen die große Gefahr der Vergrößerung der Doppelbelastung von Familie und Beruf. Mütter kommen im Home- Office auf vier zusätzliche Arbeitsstunden in der Woche. Eine davon widmen sie dem Job, drei der Kinderbetreuung. Bei Vätern sieht es anders aus:

Sie machen wöchentlich zwei Überstunden mehr – allerdings nur für die Arbeit. Zu diesen Ergebnissen kommt eine Studie von Yvonne Lott, Gender- und Arbeitszeitforscherin am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung.

Das heißt für die Zukunft, auch wenn die technischen Möglichkeiten mehr und mehr die Lösung Home-Office hergeben, so ist doch der Blick auf gesundheitserhaltende Maßnahmen insbesondere für Eltern mit Kindern bzw. zu pflegenden Angehörigen zu lenken. "Neben den aufgezeigten Problemfeldern nehmen wir, nicht erst seit der Corona-Krise, im Bereich der Gleichstellung von Frauen und Männern eine Stagnation wahr, die droht durch die wirtschaftlichen Einbrüche zu einem "Rückschlag / Backlash" zu werden, so das Fazit von Petra Löwenbrück Sprecherin des AK Frauen und Erwerbsarbeit im Bistum Trier.

Hintergrundinformationen.

Petition "Wenn nicht jetzt, wann dann?" <u>www.kfd-bundesverband.de/pressemittei-lung/aufruf-wann-wenn-nicht-jetzt/</u>

BMFSJ: Zweiter Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. Online verfügbar unter: https://www.gleichstellungsbericht.de/zweitergleichstellungsbericht.pdf (Zugriff: 10.03.2020)

Thema partnerschaftliche Elternarbeit: www.ardmediathek.de/ard/video/kon-traste/wie-die-corona-krise-uns-bei-der-gleichberechtigung-zurueckwirft/das-erste/https://www.zdf.de/nachrichten/politik/gleichstellung-maenner-frauen-corona-giffey-100.html

<u>www1.wdr.de/mediathek/audio/wdr5/wdr5-politikum-kommentar/audio-kein-rollback-auf-kosten-der-frauen-102.html</u>

<u>www.tagesspiegel.de/wirtschaft/flexibles-arbeiten-warum-das-homeoffice-vor-allem-frauen-belastet/24064352.html</u>

Hintergrund: Die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) ist mit rund 26.000 Mitgliedern die größte Frauenorganisation im Bistum Trier. Sie setzt sich für die Interessen von Frauen in Kirche, Politik und Gesellschaft ein. Weitere Informationen unter www.kfd-trier.de.

V.i.S.d.P.:

Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd), Sichelstr. 36, 54290 Trier Telefon 0651-9948690, E-Mail: info@kfd-trier.de